



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION JUSTIZ UND VERBRAUCHER

Direktion D: Gleichstellung und Unionsbürgerschaft
Referat D.2: Gleichstellung der Geschlechter

Brüssel
JUST.D.2

info@unwomen.de

Sehr geehrte ,

im Namen von Präsidentin Ursula von der Leyen möchte ich mich als Leiterin des Referats Gleichstellung der Geschlechter für Ihr Schreiben vom 18. November 2020 und die Übersendung der 11 Forderungen der Zivilgesellschaft zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für die nachhaltige Entwicklung bedanken.

Die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 der Europäischen Kommission trägt im Besonderen zur Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels Nr. 5 (Gleichstellung der Geschlechter) bei, soll aber auch dazu dienen, weitere Ziele umzusetzen. Die Gleichstellungsstrategie wurde kurz vor der COVID-19-Pandemie verabschiedet. Dennoch weist die ungleiche Weise, wie Männer und Frauen von den Folgen der Pandemie betroffen sind, auf die erhöhte Bedeutung der Strategie hin. In diesem Zusammenhang hat die Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine geschlechtsspezifische Antwort auf die derzeitige Krise zu finden.

Auch die Umsetzung der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige (Richtlinie 2019/1158 vom 20. Juni 2019) wird ein wichtiges Instrument sein, um Probleme anzugehen, die während der COVID-19-Krise noch stärker in den Vordergrund getreten sind. Hauptziele des Work-Life-Balance-Pakets sind die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie eine gleichberechtigte Aufteilung der Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern. Des Weiteren setzt sich die Europäische Kommission auch für die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles ein. Derzeit arbeitet die Kommission an einer EU-Entgelttransparenzrichtlinie, die voraussichtlich im ersten Quartal 2021 erlassen wird.

Die Europäische Kommission begrüßt Ihre Forderung nach Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) von allen EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union. Der Beitritt der EU zu diesem Übereinkommen ist ein vorrangiges Ziel der Europäischen Kommission. Darüber hinaus beabsichtigt die Kommission Maßnahmen im Jahr 2021 vorzuschlagen, mit denen die Ziele dieses Übereinkommens auf EU-Ebene erreicht werden sollen.

Bezüglich der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt hat die Kommission mehrere Webinare mit Expertinnen und Experten der Mitgliedstaaten organisiert, um den Austausch bewährter Verfahren zu fördern. Zudem arbeitet die Europäische Kommission weiterhin an Kampagnen gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt.

Die Europäische Kommission hält eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Entscheidungsgremien und Führungspositionen ebenfalls für notwendig. Sie fordert die Mitgliedstaaten weiter auf, ihre Blockade der EU-Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktions- und Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften aufzugeben und zu unterstützen. Außerdem dient die EU-Plattform der Charta der Vielfalt dem Austausch bewährter Verfahren in den Mitgliedstaaten in Bezug auf die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen und Führungspositionen.

Des Weiteren ist die Parität in den Parlamenten von besonderer Wichtigkeit. Die Kommission wird die Teilnahme von Frauen als Wählerinnen und Kandidatinnen an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft unter anderem durch Finanzierung und Förderung bewährter Verfahren fördern. Europäische politische Parteien, die EU-Mittel beantragen, werden in Bezug auf die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter ihren Parteimitgliedern zur Transparenz aufgefordert. Darüber hinaus wird die Kommission die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung wirksamerer Strategien weiterhin unterstützen, um die Zahl der Frauen in Entscheidungspositionen zu erhöhen (dies geschieht unter anderem durch das Programm für gegenseitiges Lernen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter – *Mutual Learning Programme in Gender Equality*).

Die Bekämpfung von Geschlechterstereotypen ist ebenfalls ein sehr wichtiges Ziel der Strategie. Darauf basierend wird die Kommission eine EU-weite Kommunikationskampagne gegen Geschlechterstereotypen starten.

Die Umsetzung unserer Gleichstellungsstrategie folgt auch einem stärkeren *Gender Mainstreaming*, wobei die Geschlechterperspektive in allen Politikbereichen und Prozessen der EU berücksichtigt wird. Dies gilt auch für den EU-Haushalt. In diesem Zusammenhang stellen die Vorschläge der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sicher, dass das Thema der Gleichstellung im gesamten Finanzrahmen sowie insbesondere in verschiedenen Finanz- und Haushaltsgarantieinstrumenten der EU berücksichtigt wird. Zur besseren Implementierung der gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung hat die europäische Strategie zur Gleichstellung auch ein Toolkit mit praktischen Empfehlungen entwickelt.

An dieser Stelle wollen wir uns nochmals für die Übersendung der Forderungen der Zivilgesellschaft bedanken. Wir hoffen sehr, dass die vollständige Gleichstellung der Geschlechter möglichst bald Realität wird.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]